

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Strukturwandelprozess in der Lausitz stärken

Der Strukturwandelprozess in der Lausitz ist in vollem Gange. Mit Hilfe des Werkstattverfahrens konnten bislang 50 Projekte qualifiziert werden. Einen wesentlichen Beitrag leisten die in den Werkstätten mitwirkenden Vertreterinnen und Vertreter aus Gesellschaft und Wirtschaft. Doch Kinder und Jugendliche haben oft einen anderen Blick auf ihr Umfeld als Erwachsene. So tauschen sich junge Menschen in unterschiedlichen Formaten zu den Prozessen in ihrer Region aus und entwickeln eigene Projektideen. Das muss im Strukturwandelprozess noch mehr berücksichtigt werden. Dabei gilt es für einen erfolgreichen Strukturwandel in der Lausitz, diese Perspektive von Kindern und Jugendlichen gewinnbringend zu nutzen. Junge Menschen sind in ihrem Handeln zu unterstützen, die eigene Region mitzugestalten. Dies kann auch eine Bindungswirkung entfalten, die die Region langfristig zu stärken vermag.

Der Landtag stellt fest:

- Die gebündelte Bereitstellung von Informationen ist ein wichtiger Schritt hin zu effektiver Partizipation. Informationen über den Strukturwandelprozess und die damit verbundenen Projekte sind bislang nicht ausreichend abrufbar.
- Kinder und Jugendliche benötigen sowohl Informationen zum Strukturwandel, als auch speziell auf sie zugeschnittene Angebote für die Beteiligung. Diese sollten auf unterschiedliche Lebenskontexte von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sein.
- Der Landtag begrüßt den STARK-Antrag des Antragsstellers „Lausitzer Perspektiven e.V.“ und der dazugehörigen „Bürgerregion Lausitz e.V.“ unter dem Projekttitel „Menschen machen Strukturwandel“, zusammen mit dem Verbundpartner „Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg“ (KiJuBB). Insbesondere die geplanten Vollzeitstellen mit Schwerpunkten Partizipation und Kommunikation werden einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung von Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder- und Jugendliche leisten sowie Kommunen und Landkreise dabei unterstützen, ihre Beteiligungsprozesse zu stärken und neue zielgruppenspezifische Modelle der Beteiligung für Kinder und Jugendliche zu erproben.

Der Landtag fordert die Landesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Personalstellen und Haushaltsmittel auf:

- Das Informationsangebot und die Art der Informationsvermittlung zum Strukturwandelprozess sowie die damit verbundenen Projekte auszubauen. Zur Verfügung gestellte Erklärungen und Informationen über den vielschichtigen Strukturentwicklungsprozess müssen sprachlich und inhaltlich auch auf junge Menschen zugeschnitten sein.
- Darauf hinzuwirken, dass Konferenzen und Beteiligungsangebote, die sich speziell an Kinder und Jugendliche richten, lausitzweit durchgeführt werden. Hierbei sind die besonderen räumlichen und zeitlichen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu beachten.
- Darauf hinzuwirken, dass im Rahmen des Strukturwandels Kinder und Jugendliche entsprechend §18a BbgKVerf beteiligt werden. Bei den Projekten der Strukturentwicklung im Werkstatt-Prozess (Arm 1) hat der Antragsteller darzustellen, ob und wie Kinder und Jugendliche bei Erarbeitung des Antrages beteiligt worden sind. Soweit in Ausnahmefällen davon abgesehen wird, ist dies vom Antragsteller zu begründen.
- Zusätzlich soll es ein lausitzweites Verfahren der Kinder- und Jugendbeteiligung innerhalb des Strukturstärkungsprozesses geben. Die Entwicklung dessen liegt beim Kompetenzzentrum für Kinder und Jugendbeteiligung.
- Zudem muss die Öffentlichkeitsarbeit der WRL intensiviert und auch für junge Menschen ansprechend gestaltet werden. Hier eignet sich beispielsweise die Kommunikation über Social-Media-Kanäle. Damit das gelingt, bietet es sich an, junge Menschen auch hier einzubinden.
- Ein Bildungsangebot „Strukturwandel“ zu ermöglichen, welches Schulen die Möglichkeit gibt und sie darin unterstützt, das Thema im Unterricht zu behandeln.
- Ein Bildungsangebot Strukturwandel zu ermöglichen, welches Kinder- und Jugendarbeit vor Ort ermöglicht, das Thema mit Kindern und Jugendlichen zu bearbeiten.

Begründung:

Brandenburg nimmt bei der Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Insbesondere die gesetzliche Verankerung des §18a BbgKVerf Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen verpflichtet die kommunale Ebene zur Beteiligung junger Menschen. Diese Pflicht zur Beteiligung ergibt sich darüber hinaus aus der UN-Kinderrechtskonvention, verankert in Artikel 3 Absatz 1 sowie in Artikel 12. Dieser Vorreiterrolle wollen wir gerecht werden, indem wir die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch im Strukturwandel entsprechend fördern und umsetzen.